

Zeitschrift: Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme
Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Landesplanung
Band: 12 (1955)
Heft: 11-12

Artikel: Von der Idee zur Tat
Autor: Köhler, P.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-783198>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Von der Idee zur Tat

P. Köhler, cand. iur., Zürich

Aufgabe und Programm

Die Idee der neuen Stadt ist nicht nur ein amüsantes Konversationsthema, sie ist ein Aufruf zur Tat. So ist die Realisierung dieses Projektes einer der wesentlichsten Zwecke der Gesellschaft neue Stadt und vor allem Aufgabe der innerhalb dieser Gesellschaft bestehenden Studiengruppe, wie es ja auch in den Statuten festgelegt ist. Selbstverständlich besteht die Erfüllung dieser Aufgabe nicht darin, dass man einfach vier Stecken einsteckt und zu bauen beginnt, wie es so schön in der Broschüre «Achtung die Schweiz» heisst. Aber gerade diese überspitzte Formulierung war eben notwendig, um einmal eine richtige Reaktion zu provozieren. Man ist nicht realistisch, wenn man keine Idee hat; man ist es aber auch nicht, wenn man nur über Ideen diskutiert.

In seinem Exposé zur Pressekonferenz von Ende Oktober hat Hans Aregger folgendes Arbeitsprogramm aufgestellt:

1. Sammlung aller Interessierten in einer Gesellschaft, welche die Förderung der Idee und die Aufklärung zum Ziele hat.
2. Bildung von Studiengruppen, die fachlich auftauchende Probleme lösen.
3. Bestimmung möglicher Stadtstandorte für echte Städte, Arbeits- und Wohnstädte, auf Grund zureichender Standortstudien.
4. Abklärung der soziologischen, wirtschaftlichen und bautechnischen Struktur einer modernen Stadt.
5. Bildung einer Gruppe von direkt Interessierten, wie Industrielle, Gewerbetreibende, Angehörige von Diensten usw., die sich auf einen bestimmten Standort zur Bewohnung und Bewirtschaftung einigen könnten.
6. Abklärung der rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Realisierung einer Stadt.
7. Bearbeitung des Stadtplanes.

Es soll nun versucht werden, einzelne dieser Punkte ausführlicher zu beleuchten. Die Lösungen der verschiedenen Probleme zu finden, das ist eben die Aufgabe der Studiengruppe; wenn hier Möglichkeiten angedeutet werden, so geschieht das auf eigene Verantwortung und im Bewusstsein, kein Fachmann zu sein.

Diskussion und Verbreitung der Idee.

Die Gesellschaft ist gegründet und sucht Mitglieder, die Studiengruppe arbeitet; der erste Schritt zur Realisierung besteht nun in einer klaren Erfassung der Idee. Die ideologische Diskussion darf nicht den Autoren der Broschüre allein überlassen werden. So muss man sich über die Motive des Projektes klar sein, denn dadurch wird die Art der Realisierung weitgehend beeinflusst. Wichtig ist vor allem die siedlungspolitische Notwendigkeit und das Bedürfnis nach einer nationalen, schweize-

rischen Manifestation auseinanderzuhalten und dabei doch keinen unnötigen Gegensatz zu konstruieren. Es ist klar, dass, wenn es zur Verwirklichung kommt, der erste Aspekt in den Vordergrund tritt und dass die zu lösenden Probleme auch dort liegen; aber als Triebkraft und Richtlinie ist der Gedanke einer Manifestation der schweizerischen Idee notwendig und erwünscht. Allerdings ist eben zu berücksichtigen, dass in einer solchen Stadt nicht mehr an schweizerischer Idee verwirklicht werden kann, als normalerweise darin steckt; so wurde der Gedanke einer Landesausstellung ja auch aufgegeben. Ebenso ist es notwendig, andere Irrwege abzulehnen. Es muss klar sein, dass mit der neuen Stadt keineswegs eine gesamtschweizerische Reformation oder gar Revolution beabsichtigt wird, die Grenzen der Planung müssen abgesteckt werden, nicht nur theoretisch, sondern auch faktisch. Das gilt namentlich auch im Hinblick auf die ästhetisch-formale Seite; wir wollen sicher kein Spielzeug für Architekten.

Das führt zur Frage, wer eigentlich letzten Endes entscheiden soll. Sicher soll das nicht der Staat sein, aber auch nicht eine kleine Gruppe, nicht einmal die Studiengruppe! (Die finanziellen Aspekte werden später diskutiert.) Um aber eine möglichst grosse Schicht an der Entscheidung teilnehmen zu lassen, ist eine weitestgehende Aufklärung über die zu entscheidenden Fragen notwendig. Nur wenn sich die Realisierung auf einer solchen Basis vollzieht, kann auch von einer schweizerischen Manifestation gesprochen werden, und in einem solchen Falle haben wir dann auch einen bedeutenden Beitrag zum Problem Demokratie und Planung geleistet. Die Mittel, die zur Verfügung stehen, sind zahlreich: Presse, Radio, Fernsehen, Film, Vorträge, Ausstellungen, vor allem aber auch die grundsätzliche Diskussion in den politischen Parteien, wie sie von den Autoren der Broschüre gefordert wird. In praktischer Hinsicht ist wichtig, dass bei Bildern und Modellen immer das Beispielfhafte, die Möglichkeit von Alternativen hervorgehoben wird.

Grundlagenforschung

Die erste fachliche Aufgabe ist die Sichtung des vorhandenen Materiales und die Beschaffung der fehlenden Daten. Es gibt viel allgemeine, aber wenig spezielle Literatur; überhaupt sind vorhandene Studien nur mit Vorsicht auf unsere Verhältnisse anzuwenden. Besser ist es realisierte neue Städte zu untersuchen, auch allgemein das Vorgehen bei der Bewältigung solcher grosser Aufgaben; in der Schweiz wird da vor allem der Kraftwerkbau interessant sein. Hauptsächlich wird aber die Struktur einer normalen, modernen Mittelstadt abgeklärt werden müssen, solche Studien sind bereits im Gange. Es kommen nur die grundsätzlichen und allgemeinen Aspekte in Frage. Auf dem soziolo-

gischen Gebiet gilt es, Struktur und Verhalten der Bevölkerung zu erforschen, namentlich das Problem der Integration. Auf wirtschaftlichem Gebiet ist eine Analyse des Gemeindehaushaltes im weitesten Sinne notwendig und was die bautechnischen Untersuchungen betrifft, ist ja leicht vorstellbar. Letztere werden sich auch nicht auf einen zu engen Rahmen beschränken lassen. Jedenfalls aber ist es wichtig, nicht auf dieser Stufe stehen zu bleiben, sondern möglichst bald auch die faktischen Voraussetzungen für die eigentliche Planung zu schaffen und diese dann in Angriff zu nehmen.

Bestimmung des Standortes und Sicherung des Bodens

Gebiete, in denen eine neue Stadt gebaut werden könnte, sind in der Schweiz eher selten, ferner spielt auch die Art der geplanten Stadt eine Rolle. Grundsätzlich wollen wir ja wohl eine echte Stadt, die zentrale Funktionen in der entsprechenden Region ausübt; es müssen also solche Gebiete gesucht und geprüft werden; es wird nicht mehr als vier oder fünf geben, was eigentlich genügt. Grösser wird die Auswahl, wenn wir auch die Möglichkeit in Betracht ziehen, eine Arbeitsstadt zu bauen, deren Bedeutung mehr auf der Konzentration industrieller Arbeitsplätze als auf dem Hinderland beruht. Ferner ist heute auch der Bau von reinen Wohnstädten, Satelliten, in der Umgebung unserer grossen Städte, namentlich Zürichs, aktuell. Schliesslich werden wohl im Zusammenhang mit der neuen Autostrassenplanung auch neue zentrale Punkte entstehen, an denen man eigentliche Verkehrsstädte bauen könnte. Am einfachsten jedoch ist die Sachlage, wenn die Aufforderung eine neue Stadt zu bauen, spontan von einer Gemeinde kommt, wie es schon geschah; natürlich muss auch dann geprüft werden, ob der Standort günstig ist. In den andern Fällen ist die grundsätzliche Realisierbarkeit in den gewünschten Regionen zu prüfen, das heisst vor allem, ob es möglich ist, geeignetes Land zu erhalten. Es wird da am besten mit den politischen Behörden und mit der Regionalplanung verhandelt, aber auch mit geeigneten Privaten. Daneben müssen aber auch die wirtschaftlichen und psychologisch-soziologischen Gegebenheiten einigermaßen günstig sein, damit die Stadt auch wirklich aus eigener Kraft wachsen kann. Ergibt schliesslich noch die Untersuchung des in Frage kommenden Bodens ein positives Resultat, so muss der Boden irgendwie gesichert werden, schon wegen der Gefahr der Spekulation. Das kann meines Erachtens nur durch Erwerb geschehen, wie dabei vorgegangen werden kann, wird im nächsten Abschnitt gezeigt. Eine Sicherung des Bodens über die Gemeinde oder andere öffentliche Stellen ist nach der heutigen Rechtsordnung im allgemeinen unmöglich, immerhin müssen die im konkreten Fall sich bietenden Aussichten geprüft werden, so ist zum Beispiel eine Expropriation der Strassen und zukünftigen öffentlichen Gebäude denkbar. Es wird überhaupt beim Bodenerwerb sehr auf die speziellen Gelegenheiten ankommen, so könnte auch ein Erwerb von Realersatz in Frage kommen. Fest-

zuhalten ist jedenfalls, dass nur billiges Land gekauft werden darf, indem gerade die Wertsteigerung des unproduktiven oder landwirtschaftlichen Landes einen wesentlichen Bestandteil in der Betriebsrechnung der neuen Stadt bildet.

Organisation und Finanzierung

Wieder stellt sich die Frage, wer eigentlich die neue Stadt baut und vor allem wer sie bezahlt. Wie schon gesagt, soll das grundsätzlich auf privater und möglichst breiter Basis geschehen; auch wird der Bau nicht direkt von der Gesellschaft neue Stadt oder der Studiengruppe durchgeführt werden können. Es wird zu diesem Zwecke ein spezielles Unternehmen gegründet werden; ich stelle mir eine Genossenschaft vor, es kann aber auch eine Aktiengesellschaft sein. Es muss eine Organisation aufgebaut werden, in der die Geldgeber, die direkt Interessierten, die Initianten und auch beteiligte staatliche Stellen zusammengefasst werden und die keinem einseitigen Einfluss unterliegt. Das dürfte nicht schwer zu konstruieren sein, denn wir kennen in der Schweiz zahlreiche solche Gebilde. Ferner ist auch zu berücksichtigen, dass sich dieses Unternehmen einmal später in eine Gemeinde oder jedenfalls in eine öffentlich-rechtliche Körperschaft zu verwandeln hat; auch in dieser Hinsicht scheint mir eine Genossenschaft am geeignetsten. In bezug auf die Ausführungen in «Achtung: die Schweiz» zu diesem Punkte, muss festgehalten werden, dass dort alles auf die Landesausstellung ausgerichtet ist, die sogenannte Zwischenfinanzierung wird deshalb anders und vielleicht etwas schwieriger sein.

Die Finanzierung im allgemeinen wird sich ja in verschiedenen Etappen abspielen. Die Vorarbeiten der Studiengruppe werden laut Statuten von der Gesellschaft bezahlt. Für den ersten Schritt zur faktischen Realisierung, den Erwerb des Bodens, wird dann ein spezielles Finanzkonsortium gegründet werden müssen, zusammengesetzt aus der Gesellschaft und den wichtigsten Interessenten, vor allem den Industrien. Die eigentliche Bau- und Betriebsgesellschaft wird erst dann ins Leben gerufen werden können, wenn schon eine gewisse, nicht nur theoretische Grundlage vorhanden ist. Die Schwierigkeit wird ja nicht die Höhe der benötigten Summe sein, sondern das ungewöhnliche Vorhaben an sich; auch staatliche Subventionen werden erst dann erhältlich sein, wenn man weiss, wer mitmacht. Der Betrieb der Stadt selbst muss möglichst selbsttragend gestaltet werden, es braucht also eine genügende Steuerkapazität; daneben sind öffentliche Anleihen denkbar.

Eine weitere Frage auf diesem Gebiet ist, wie die zukünftigen Bürger und Einwohner der Stadt in die Organisationen eingebaut und inwiefern sie finanziell beteiligt werden; dazu kommt noch das Verhältnis zur Gemeinde, innerhalb deren Gebiet gebaut wird. Das sind alles juristische Fragen, deren Entscheidung von den konkreten Gegebenheiten abhängen; sie können hier nur aufgezählt werden. Da sind die Probleme, die mit der Gemeindeautonomie und der Gemeindeorganisation zusammenhängen, die Frage der Bauordnung und

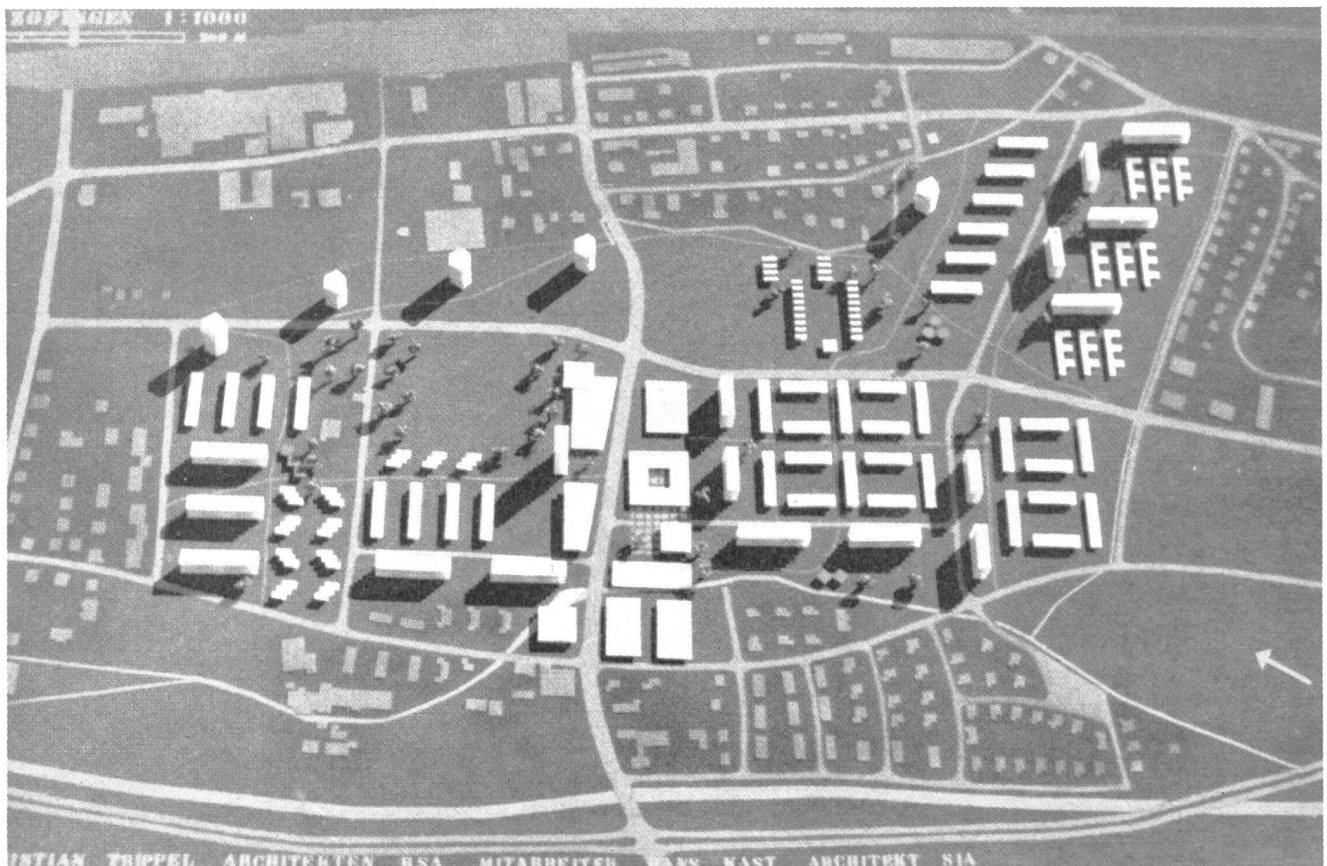
der Steuern und vor allem auch das Verhältnis von eventuellen Zulassungsbedingungen zur Niederlassungsfreiheit. Innerhalb der neuen Stadt wird vor allem die Grundeigentumsfrage aktuell werden, ob nämlich der Boden nur im Baurecht abgegeben werden soll oder nach der erfolgten Bebauung im Eigentum mit grundbuchlich vermerkten Beschränkungen. Alle diese Fragen müssen schon früh untersucht werden, können aber erst im Realisationsfalle entschieden werden; auch hier ist es wichtig, verschiedene Alternativlösungen darzustellen und schliesslich das, was unseren Verhältnissen am besten entspricht, zu verwirklichen. Auch auf diesem Gebiete kann die neue Stadt beispielhaft wirken.

Planung, Bau und Betrieb

Erst jetzt kann die eigentliche Verwirklichung der Idee beginnen. Es hat keinen Zweck, nun eine «Vision» der neuen Stadt zu entwerfen, es sollen lediglich noch kurz die Möglichkeiten und die Grenzen der Planung in den verschiedenen Gebieten betrachtet werden. Als ein Grundprinzip ansehen möchte ich die Abgrenzung und Konzentrierung der verschiedenen Funktionen des städtischen Lebens einerseits und ihre möglichst ange-

nehme Gestaltung andererseits; das Wohnen, Arbeiten, die Freizeitgestaltung, das Zentrum mit den Diensten, der Verkehr muss seinen adäquaten Ausdruck finden, ebenso das Verhältnis des Einzelnen zur Gemeinschaft. An erster Stelle wird hier die technische und architektonische Planung stehen, aber gerade in architektonischer Hinsicht muss der Grundsatz der positiven Planung, der Planung für die Freiheit berücksichtigt werden. Mehr als sonst muss diese eigentliche Ortsplanung durch wirtschaftliche Planung ergänzt werden, vor allem in Form von Beratung und Orientierung, denn die wirtschaftlichen Aspekte sind sicher für den Erfolg des Projektes von ausschlaggebender Bedeutung. Dagegen hat es keinen Sinn, politische und kulturelle Institutionen zu planen, nur der Rahmen, nicht der Inhalt ist bereitzustellen.

Wichtig ist die Zeitfrage, denn selbstverständlich kann die neue Stadt nicht auf einmal gebaut und bezogen werden wie ein Einfamilienhaus. Es muss also in Etappen geplant werden, und es muss darauf geachtet werden, dass dennoch immer die notwendigen Einrichtungen vorhanden sind. Auch über die Möglichkeiten eines späteren Ausbaues ist schon von Anfang an zu entscheiden. Das Wesentlichste ist aber, dass überhaupt einmal angefangen wird.



Senkrechtaufnahme des Modells für «Neu-Zofingen». Oben links Bahnhof und Firma Ringier & Co. In der Mitte von oben nach unten die Strasse von Zofingen nach Strengelbach. Der Stadtteil ist in drei Bauetappen gegliedert: Links und rechts der Strengelbacherstrasse soll nach vollzogener Ueberbauung der Wohngebiete das Gewerbe- und Ladenzentrum eingebaut werden. Im stadtwärts gelegenen Teil ist eine zusammenhängende Grünfläche mit Festplatz links und Primarschulhaus rechts der Strengelbacherstrasse vorgesehen. (Zum Artikel auf Seite 201.)